

Stufenweise Wiedereingliederung

1. Das Wichtigste in Kürze

Die Stufenweise Wiedereingliederung (sog. Hamburger Modell) soll arbeitsunfähige Arbeitnehmer nach längerer schwerer Krankheit schrittweise an die volle Arbeitsbelastung heranführen und so den Übergang zur vollen Berufstätigkeit erleichtern. Während der Stufenweisen Wiedereingliederung ist der Arbeitnehmer noch krankgeschrieben. Ab einer Arbeitsunfähigkeitsdauer von mehr als 6 Wochen wird die Möglichkeit einer Stufenweisen Wiedereingliederung regelmäßig durch einen Arzt überprüft. Möglich ist die Stufenweise Wiedereingliederung in der Regel nur, wenn Versicherter und Arbeitgeber zustimmen und dadurch keine nachteiligen gesundheitlichen Folgen entstehen.

2. Voraussetzungen

Bei allen genannten Kostenträgern müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Der behandelnde Arzt stellt fest, dass die bisherige Tätigkeit wenigstens teilweise wieder aufgenommen werden kann.
- Es liegt vor und während der Maßnahme eine [Arbeitsunfähigkeit](#) (AU) vor.
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen der Maßnahme zu.
- Der Versicherte wird am bisherigen Arbeitsplatz eingesetzt.

Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Arbeitnehmer haben im Gegensatz zu nicht schwerbehinderten Arbeitnehmern einen Anspruch auf Zustimmung des Arbeitgebers zur Stufenweisen Wiedereingliederung, wenn ein Wiedereingliederungsplan mit allen aus ärztlicher Sicht zulässigen Arbeiten und eine Prognose darüber vorliegt, ob und wann mit der vollen oder teilweisen Arbeitsfähigkeit zu rechnen ist. Mit Hilfe dieser Angaben kann der Arbeitgeber prüfen, ob ihm die Beschäftigung zumutbar ist. Er kann eine Stufenweise Wiedereingliederung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers wegen Unzumutbarkeit aber nur in Einzelfällen ablehnen.

3. Dauer

Die Dauer der Stufenweisen Wiedereingliederung ist abhängig vom individuellen gesundheitlichen Zustand. Sie kann bis zu 6 Monate dauern, wird in der Regel jedoch für einen Zeitraum von 4 bis 8 Wochen gewährt.

4. Wiedereingliederungsplan

Damit die Stufenweise Wiedereingliederung stattfinden kann, müssen sowohl der Versicherte als auch der Arbeitgeber einem sog. **Wiedereingliederungsplan** zustimmen, der von einem Arzt (gegebenenfalls auch von Sozialberatern) in Absprache mit dem Patienten und dem Betriebsarzt am Arbeitsplatz erstellt wird. Dabei werden die genauen Bedingungen der Wiedereingliederung geregelt.

Der Wiedereingliederungsplan enthält folgende Angaben:

- Abfolge und Dauer der Stufen (z.B. langsame Steigerung der Stundenzahl über mehrere Wochen)
- Tätigkeiten und Belastungen, die zunächst vermieden werden sollen (z.B. schweres Heben)
- Arbeitsplatzbedingungen, die berücksichtigt oder angepasst werden müssen (z.B. Erforderlichkeit von Hilfsmitteln)

5. Arbeitsunfähigkeit von mehr als 6 Wochen

Ab einer Arbeitsunfähigkeitsdauer von mehr als 6 Wochen wird bei jeder Folgebescheinigung der AU (siehe [Arbeitsunfähigkeit](#)) geprüft, ob eine Stufenweise Wiedereingliederung möglich ist. Ziel ist es, Versicherte mit länger andauernden Erkrankungen frühzeitig die Möglichkeit zu geben, wieder an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Diese Prüfung erfolgt jedoch nicht, wenn nachteilige gesundheitliche Folgen für den Versicherten entstehen würden oder der Genesungsprozess durch eine Stufenweise Wiedereingliederung verzögert werden würde.

Die ärztliche Beurteilung zur Stufenweisen Wiedereingliederung kann vom Versicherten auch abgelehnt werden.

6. Kostenträger

Die Stufenweise Wiedereingliederung ist eine Maßnahme der [Medizinischen Rehabilitation](#). Findet sie im unmittelbaren Anschluss an eine medizinische Reha-Maßnahme statt, d.h. wird sie innerhalb von 4 Wochen nach Entlassung aus einer Reha-Klinik angetreten, ist die [Rentenversicherung](#) Kostenträger. Trifft dies nicht zu, ist in den meisten Fällen die [Krankenversicherung](#) zuständig. In speziellen Fällen kann auch die Agentur für Arbeit oder die [Unfallversicherung](#) Kostenträger der Stufenweisen Wiedereingliederung sein.

7. Finanzielle Sicherung

In der Regel erhält der Versicherte während der Stufenweisen Wiedereingliederung weiterhin sog. **Entgeltersatzleistungen**, d.h.: [Krankengeld](#) von der Krankenkasse, [Übergangsgeld](#) vom Rentenversicherungsträger, [Verletztengeld](#) vom Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft) oder [Arbeitslosengeld bei Arbeitsunfähigkeit](#) von der Agentur für Arbeit. Falls der Arbeitgeber während der Maßnahme freiwillig Arbeitsentgelt entrichtet, wird dieses angerechnet und führt zu Kürzungen bzw. zum Wegfall der Entgeltersatzleistung. Es besteht allerdings keine Zahlungspflicht für den Arbeitgeber.

Der Anspruch auf Entgeltersatzleistungen besteht auch dann, wenn die Stufenweise Wiedereingliederung scheitern sollte.

8. Praxistipps

- Findet die Stufenweise Wiedereingliederung unmittelbar im Anschluss an eine Reha-Maßnahme statt, sollte sie im Laufe der Reha beantragt werden. Die Sozialberatung der Reha-Klinik füllt hierzu, in Kooperation mit Arzt und Patient, den Antrag aus und erstellt den Wiedereingliederungsplan.
- Detaillierte Informationen zur Rehabilitation bietet die "Arbeitshilfe für die stufenweise Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess" der [Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation \(BAR\)](#), kostenloser Download unter www.bar-frankfurt.de > Service > Publikationen > Reha-Grundlagen.

9. Wer hilft weiter?

[Krankenkassen](#), [Agentur für Arbeit](#), [Unfallversicherungsträger](#) oder [Rentenversicherungsträger](#), Sozialberatung der Reha-Klinik, behandelnder Arzt, Arbeitgeber.

10. Verwandte Links

[Arbeitsunfähigkeit](#)

[Krankengeld](#)

[Erwerbsminderungsrente](#)

[Medizinische Rehabilitation](#)

[Berufliche Reha > Leistungen](#)

Gesetzesquellen: § 74 SGB V - §§ 44, 71 Abs. 5 SGB IX